

Offener Brief an die erste Polizeipräsidentin für Bochum, Herne und Witten

Bochum, den 2.1.2012

Sehr geehrte Frau Ewert,

mit Bestürzung habe ich von den Schüssen auf die drei Passanten in Wattenscheid gelesen. Ich wünsche den beiden Verletzten, insbesondere dem sehr schwer Verletzten, baldige Genesung und, dass die Straftat keine bleibenden Folgen hinterlässt.

Mit Bestürzung habe ich aber auch die Mitteilung von Frau Dr. Ott, Leiterin des Amtes für Soziales und Wohnen, zum Polizeieinsatz am 01.01.2012 im Übergangwohnheim Emilstraße, zur Kenntnis genommen.

Selbstverständlich muss die Polizei nach Schusswaffengebrauch die Täter ermitteln und dabei Sicherheits- u. Schutzmaßnahmen ergreifen. Ein solcher Einsatz bedarf aber in jedem Fall der Abwägung von Vermeidung weiterer Straftaten bzw. der schnellen Festnahme von Tätern auf der einen Seite und dem Eingriff in die Privatsphäre und körperliche Unversehrtheit Unschuldiger auf der anderen.

In dem im Schreiben von Frau Ott geschilderten Maße erscheint mir das Vorgehen in Wattenscheid als unverhältnismäßig.

In dem betroffenen Übergangwohnheim leben 22 Familien, insgesamt 107 Personen, davon 50 Kinder unter 18 Jahren.

Wie sich ein solcher Einsatz: Stürmen der Wohnung auf z.T. durch Staatsgewalt traumatisierte Menschen und Kinder auswirkt, mag man sich kaum vorstellen.

Für mich stellen sich einige Fragen:

- Ist es richtig, dass alle männlichen Bewohner über 18 Jahre zunächst festgenommen wurden?
- Wäre das Vorgehen bei vergleichbarer Sachlage in einem üblichen Mietshaus mit 22 Parteien identisch gewesen?
 - Wären auch hier alle männlichen Bewohner über 18 Jahre zunächst verhaftet worden?
 - Wäre auch hier zu einem Einsatz von 100 SEK-Beamten und Hubschraubern gekommen?
- Welcher Art sind die Verletzungen der drei Menschen, die noch Stunden nach dem Einsatz ärztliche Hilfe benötigten?
- Wie ist es zu den Verletzungen dieser Menschen gekommen?
- Sind die Verletzten die drei Personen, die nach der Berichterstattung in den Medien zunächst als Verdächtige festgenommen wurden?
- Wurde der Tatverdacht gegen Bewohner des Übergangsheimes bzw. Besucher des Heimes bestätigt?

Offensichtlich hat das Sozial-u. Jugendamt sehr schnell reagiert und Maßnahmen getroffen, um die Bewohner des Flüchtlingsheimes nach diesem traumatisierenden Einsatz zu begleiten, angesichts des Vorgehens der Polizei müssen allerdings einige Fragen beantwortet werden!

Astrid Platzmann

Vorsitzende des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales der Stadt Bochum
Grüne Fraktion im Rat der Stadt Bochum